

Anfrage des Stadtratsmitglieds
Unabhängige Bürgerinitiative Weimarer Land e.V. (UBI)
gem. § 9 Abs. 1 GO Stadtrat (Anfrage)

Interne Nr.:
Vorlagen-Nr.:
Beschluss-Nr.:
Datum der Sitzung:

Status: öffentlich

Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Blankenhain

Gegenstand der Anfrage: Sachstand zum Gebäude in der Rudolf-Breitscheid-Straße 37 in Blankenhain (rechte Doppelhaushälfte)

Anfrage:

- Gab es im Dezember 2016 einen Gesprächstermin zwischen der Stadt Blankenhain, dem Landratsamt Apolda und dem Sozialpsychiatrischen Dienst? Sofern dieser Termin nicht stattfand, was war der Grund hierfür?
- Was werden die eingebundenen Behörden (Stadtverwaltung, Landratsamt, Sozialpsychiatrischer Dienst) gegen die von den Bewohnern des Gebäudes offenkundig ausgehende öffentliche (Gesundheits-) Gefährdung unternehmen, ggf. über den Weg der Ersatzvornahme?
- Was wird die Stadt Blankenhain unternehmen, um das gesundheitliche Gefährdungspotential für die Anwohner zu beseitigen?
- Werden die Bewohner des Gebäudes ordnungsrechtlich zur Rechenschaft gezogen?

Begründung: Nach der Anfrage der UBI in der Stadtratssitzung am 15. September 2016 gab es am 23. September 2016 einen Einsatz von Notarzt und Sicherheitskräften auf dem o.g. Grundstück in der Rudolf-Breitscheid-Straße 37. Zugewogen war auch das Blankenhainer Ordnungsamt. Im Keller des Hauses wurde ein Mann in sehr schlechtem gesundheitlichen Zustand aufgefunden. Dem Vernehmen nach habe der Mann bereits länger im Keller des Hauses dahinvegetiert. Er wurde umgehend ins Krankenhaus gebracht. Der Zustand auf dem Grundstück ist jedoch weiterhin katastrophal. Berge aus Müll und Dreck, Plastik- und Metallabfälle, Stoff-, Holz- und Lebensmittelreste türmen sich meterhoch. Ungeziefer wie Ratten, Kakerlaken und damit potentielle Krankheitsüberträger können sich ungehindert verbreiten. Die Anwohner ängstigen sich zudem vor den beiden verbliebenen Bewohnern des Hauses, die sie als aggressiv und ausfällig beschreiben. Die katastrophale Situation ist weder für die Anwohner noch für die Stadt weiter hinnehmbar; hier geht es nicht mehr nur um Privatinteressen sondern um eine Gefährdung der Öffentlichkeit. Somit ist ein Eingriff durch die zuständigen Behörden im Sinne der Amtspflicht zwingend erforderlich. Im Dezember 2016 sollte ein gemeinsames Treffen der o.g. zuständigen Behörden und Vertretern der Stadtverwaltung Blankenhain stattfinden, um das weitere Vorgehen zu klären. Im Interesse der Anwohner soll die vorliegende Anfrage den gegenwärtigen Sachstand darlegen.

Edith Hartung
Stadtratsmitglied der UBI

